

WirtschaftsBlatt-Kommentar: Der unerträgliche Fall Elsner (von Engelbert Washietl)

Wien (OTS) - Helmut Elsner, Generaldirektor der mehrheitlich dem Österreichischen Gewerkschaftsbund gehörenden Bawag, sieht nicht ein, dass sein zweites Jahresgehalt in der Höhe von kolportierten 290.000 Euro Unverständnis und Unmut sogar bei einzelnen seiner Parteifreunde erregt. Der 67-jährige Banker bezieht ein Aktivgehalt als Bawag-Boss, liess sich vor kurzem 3,6 Millionen Euro Pensionsabfindung auszahlen und sitzt auch noch zweitberuflich im Vorstand der Lotterien, deren grösster Aktionär die PSK ist. Bawag ist die Abkürzung für "Bank für Arbeit und Wirtschaft" und ihr Aufsichtsrat wird wissen, wie viel Arbeit Elsner um zwei fürstliche Gehälter auf zwei Posten leistet.

Da der ÖGB sich bisher nicht dazu durchgerungen hat, ein deutliches Wort zu sagen, ist das Debakel bereits aufgelegt. Es wird das Ansehen des Gewerkschaftsbundes, vielleicht auch der SPÖ, jedenfalls aber der Bawag schwer schädigen.

Man erinnert sich nur allzu gut an den Fall des steirischen Arbeiterkammer-Präsidenten Alois Rechberger, der 1990 partout nicht einsehen wollte, warum er neben seinem Präsidentengehalt nicht auch noch ein Spesenpauschale, ein Gehalt als Zentralbetriebsratsobmann und eine Abgeordnetenpension, alles zusammen 20.000 Euro monatlich, beziehen dürfe. Der Skandal kostete ihn zwar seine Posten in AK und Partei, erschütterte die Kammer, die SPÖ und bald auch die Krankenkassen, aber Rechberger blieb stur bis hinauf zum Obersten Gerichtshof. Dieser strich ihm die Kammerpension. Einen wichtigen Unterschied zum aktuellen Fall Elsner gibt es: Bei Rechberger ging es auch um strafrechtliche Verfehlungen, Elsner kassiert seine Millionen völlig legal und betrachtet das vermutlich als privates Glück, das niemanden etwas angehe. Wie aber eine Gewerkschaftsbank ihre eigenen Spitzenfunktionäre verwöhnt, geht alle etwas an.

Dass sich die FPÖ mit dubiosen Mitteln auf Elsner einschiesst, lenkt nicht von der Sache ab. Hätte der ÖGB richtig reagiert, gäbe es für die freiheitlichen Politiker weniger zu sagen. Den Fall Rechberger hat der damalige Bundeskanzler und Parteifreund des AK-Chefs sofort als "unerträglich" bezeichnet und zur Schadensbegrenzung aufgefordert. Das müsste dem ÖGB-Chef Fritz Verzetnitsch einfallen, aber der

schweigt.

(Schluss) was

Rückfragehinweis:

WirtschaftsBlatt

Redaktionstel. 91919-305

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0233 2002-04-12/17:01

121701 Apr 02

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20020412_OTS0233